

Berliner Tageblatt
Erstmal täglich erscheint mit Ausnahme des Sonntags...



Abonnements-Preis
Für das Berliner Tageblatt und Sonntagsausgabe...

Berlin im Weltmarkt.

Nummer 649. Berlin, Sonntag, den 22. Dezember 1901. XXX. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik
„Der Welt-Spiegel“ Nr. 102.

Politische Wochenschau.
Von Arthur Levysohn.

Das internationale Ansehen, welches die Rede des in die aktive Politik zurücktretenden Lord Salisbury in Genua hervorgerufen hat, beweist, wenn nichts Anderes, so doch, daß das Ansehen Englands im Rathe der Völker, trotz der Einbuße an Weisheit, die es durch den unglücklichen Burenkrieg erlitten, noch immer ein sehr bedeutendes ist.

Ob ihm dies gelingen kann, bleibt abzuwarten. Lord Salisbury nimmt die Führung derjenigen Engländer in Anspruch, die sich nach dem Frieden sehnen, ohne daß in Wirklichkeit ein Friedensschluß am Wege steht, und sich nicht etwa zu vergeblich bemühen. Woher Richter noch Wilner denkt er preiszugeben. Aber auf etwaige Friedensanerbietungen von Seiten des Präsidenten Richter wäre er bereit, einzugehen. Er verlangt nicht wie Chamberlain eine bedingungslose Intervention der Völker, er will ihnen sogar völlige Selbstverwaltung angedeihen lassen.

Wäre Lord Salisbury zur Leitung der Geschäfte berufen, so hätte vielleicht fände Er die Drach, welcher London mit Berlin verbindet, nicht zu lösen. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß der fünftägige Führer der neuen Whigpartei, nach seiner Vergangenheit zu urtheilen, weit weniger geneigt sein dürfte, als die freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reich zu legen als sein amtierender regierender Vorgesetzter. In allen Fragen heiler Natur, die zwischen England und Deutschland zu Tage treten, hat Lord Salisbury nie aus dem Auge gelassen, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland zum ruhenden Völkerpolitik zu gestalten. Er hat es bewiesen bei der Regelung der Samoafrage, bei dem Konflikt wegen der deutschen Reichsdampfer wie auch beim Yangtse-Vertrage.

Auf der anderen Seite bleibt Frankreich bemüht, seit den Tagen des italienischen Fliessenbesuches in Lonten eine Annäherung an Italien zu Wege zu bringen. Diese Versuche finden in Rom in gewissen Kreisen einen wohlwollenden Boden. Allerdings scheint man im Quinzielen die Annäherung an Frankreich von einem anderen Gesichtspunkte aus anzusehen, als dies in Paris geschieht. Was die italienischen Staatsminister erstreben, ist eine Verständigung über die gegenwärtigen Interessensphären im Mittelmeer. Die jüngste Rede des Ministers des Aeußeren, Prinetti hat in dieser Beziehung wie ein Faunal erleuchtend gewirkt.

Der italienische Minister gelangt zu, daß es gelungen sei, mit Frankreich zu einem Uebereinkommen in Bezug auf das Hinterland von Tripolis zu kommen, das heißt, aus dem Diplomatischen ins Gemeinverständliche überseht; Frankreich suchte sich die Freundschaft Italiens durch eine Annäherung auf das zur Zeit noch im Besitz des Entlang befindliche Tripolitani zu erlangen. Italien sah in diesem Uebereinkommen ein solches Verständigungs- und Sicherungsvertrag mit Italien nur in dem Sinne willkommen, daß er eine Abkehr Italiens vom Dreibunde eingeleitet hätte. Die Pariser Presse gab diesem Empfinden auch ungehört Ausdruck, als sie an die ausführliche Wiedergabe der Prinettischen Rede allerhand Kommentare knüpfte, die in der Behauptung gipfelten, Italien werde nunmehr den Dreibundvertrag nicht erneuern. Was man selbst für den an sich freundschaftlichen italienischen Minister des Aeußeren zu fassen hat, und in seiner Befolgung, das tripolitani Hinterland abzukommen mit Frankreich im Uebereinkommen zu stehen, beilegte er sich, ein halbamtliches Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem er erklärte, daß wenn auch Italien mit Frankreich seine Position im Mittelmeer geregelt und damit die Beziehungen der beiden Länder aufs Herzlichste gestärkt habe, dennoch dadurch eine radikale Änderung in der gegenwärtigen politischen Konstellation Europas, das heißt also ein Wanktritt Italiens vom Dreibunde, nicht herbeigeführt werden solle. Der Unterrieder der Aufpassungen der französischen und der italienischen Politiker springt in die Augen. Immerhin würde es nicht wohlgehen, wollte man sich in Deutschland durch diese halbamtlichen, aber unverdäulichen Erklärungen in eine trügerische Ruhe einlassen lassen. Gewiß, die antizipierten Kreise in Rom denken trotz der Beschuldigung über die Mittelmeerfrage ebenso wenig wie Oesterreich-Ungarn, ungeachtet seiner Entente mit Russland über den Balkan, an eine absolute Sprengung des Dreibundes. Aber wenn man sich einmal auf der Bahn der Verständigung mit dem ehemaligen Gegner befindet, so erscheint es fraglich, ob in gegebenen Momenten sich die politischen Capitulanten nicht genug erweisen werden, um dem Zug des Ereignisses Halt zu geben. Es würde uns daher nicht wunder nehmen, wenn man auch in Deutschland befürchtet würde, sich eine Art Rückversicherung für unvorhergesehene Fälle zu schaffen. Und wenn wir die jüngste Vergangenheit betrachten, so liegt es nahe, anzunehmen, daß unsere Politik sich nach dieser Richtung hin nicht überlassen lassen mag. Es kommen uns dabei hauptsächlich folgende Gruppen ins Gedächtnis: der unfrische Doppelhaushalt Kaiser Wilhelms, der unfrische Doppelhaushalt der Danziger Entente, der Wirt über die Grenze bei Wladyfsten, der russische Offiziersbesuch bei den Todentopfen, der Besuch des russischen Wladimir in Berlin, die Entsendung der Deputation des Marovaregiments nach Deutschland und endlich der Besuch des russischen Kronfolgers bei unserem Kaiser und die Verleumdung des Schwarzen Adlerordens an den Bruder des Zaren. Alles das stellt sich eine Reihe von Vorgängen dar, die als eine Verärgerung des Drahtkabels zwischen Petersburg und Berlin aufgefaßt werden dürfen. Eine Verstärkung, die angesichts der Erregung in London, Paris und Rom sicherlich nicht erster Bedeutung entbehrt.

Es wäre nicht unmöglich, daß angesichts der russischen Beziehungen zu den Osmanen in Oslawien die Abnahme der mitunter Beziehungen zwischen Petersburg und Moskau früher oder später eine praktische Tragweite erhalte. Dies erscheint um so plausibler, als glaubhaft verlannt, daß der Besuch des ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Marquis Ito in Petersburg und Berlin zu irgend welchen politischen Verabredungen keinen Anlaß gegeben hat. Die Orientierung, welche der japanische Staatsmann über die Politik der beiden nordischen Reiche mit nach Hause genommen hat, wird ihm sicher von besonderem Nutzen sein, wenn er über kurz oder lang in seiner Heimath wieder zur Leitung der Geschäfte berufen wird. Deutschland ist übrigens bemüht, auch in anderen überseeischen als den ostasiatischen Fragen keinen Zweifel an der Loyalität seines Verhaltens aufkommen zu lassen.

Es stellt augenblicklich ein bewaffnetes Einschreiten der deutschen Kriegsmarine in den Persischen Golf zur Diskussion, da diese Republik sich beharrlich weigert, trotz ihrer Schwierigkeit mit Kolumbien, den von Deutschland formulierten Entschädigungsforderungen für die erfolgten Verwundungen deutscher Staatsbürger gerecht zu werden. Angesichts der Monroe-Doktrin, der man sich in Washington bekennt, hat daher das deutsche Reich keinen Anstand genommen, sich über die vorgunehmenden Coercitionsmittel gegen Venezuela mit den Westindischen Regierungen zu verständigen zu lassen. Die Vereinigten Staaten wissen danach genau, daß wenn Deutschland sich zum bewaffneten Einschreiten gezwungen sähe, es weit davon entfernt bleibt, sich an der venezolanischen

Rüste dauernd festsetzen zu wollen. Ein Einbruch des Washingtoner Kabinetts gegen eine deutsche Aktion in den karibischen Gewässern ist daher keinesfalls zu befürchten. Und die Verleumdung der deutschen Politik, die uns eine geplante Verletzung der Monroe-Doktrin unterzöhen, sind mithin nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Herr Major a. D. Endell hat, wie eine uns durch ein Privat-Telegramm aus Moskau übermittelte Meldung des „Pol. Ztbl.“ besagt, seine neuerliche Wahl in die Kaiserliche Landwirtschaftskammer abgelehnt und seine sämtlichen Aemter sowohl in der Landwirtschaftskammer wie im Bund der Landwirtschaftsniedererlegt. Ferner ist er auch aus dem Reichstag als Landbesitzer und dem Reichstag als Abgeordneter ausgeschieden. Für die bevorstehende Beantwortung dieser Schritte des Herrn Endell wird das Ergebnis der gerichtlichen Verhandlung in seiner Verleumdungsklage gegen die „Zgl. Wbl.“ richtunggebend sein. Einen Anhalt zu einer Wahrscheinlichkeitsberechnung der Ursachen dieser Amtsniederlegungen aber wird das Verhalten bieten, das die betroffenen Abgeordneten selbst diesem Schritt des Herrn Endell gegenüber beobachtet werden. Anfallend wird es immer sein, daß Herr Endell auf seine gesetzlichen Ehrenämter in dem Augenblick verzichtet, wo wegen der Angriffe auf ihn neue Untersuchungen gegen ihn eingeleitet sind. Doch ist es andererseits auch möglich, daß Herr Endell, selbst wenn er seiner völligen Wiederversetzung durch die Gerichtsverhandlung gewillt ist, es für eine Anstandsspflicht hält, aus den Korporationen auszutreten, so lange an ihm die Beschuldigung ungehöriger Geschäftsführung lastet.

Der Abgeordnete Gothein hatte in seiner Reichstagsrede ausgeführt, daß in vielen Kreisen der Industrie die Meinung verbreitet sei, die Regierung habe mit anderen Staaten Fühlung genommen, daß auch mit dem Ministerium für Getreide des Kaiserreichs der Minister einvernehmlich Staatsministerium diese Frage gar nicht einmal zur Erörterung gekommen sei. Der Staatssekretär Graf Posadowski hat es für nötig erachtet, volle acht Tage später auf diese Erklärung zurückzukommen und dieselbe für unrichtig zu erklären. Sieht man dieses Dementi genauer an, so ergibt sich daraus, daß die wirkliche Behauptung des Abgeordneten Gothein gar nicht dementirt worden ist. Wortgetreu lautet Graf Posadowski:

Es ist im Laufe der Diskussion behauptet worden, im Staatsministerium habe man überhaupt über das System des Doppelhaushalts gar nicht gesprochen; diese Behauptung ist unrichtig. Zu erklären, daß man im Staatsministerium die Sicherheit habe, mit dem Ministerium auswärtige Angelegenheiten abzustimmen zu können, zu erklären, daß darüber im Staatsministerium verhandelt worden sei, hat sich der Herr Staatssekretär denn auch wohl gefügt. Der weiteren Auforderung an den Abgeordneten Gothein, ihm seine Quelle mitzutheilen, wird wohl kaum entprochen werden. Im Uebrigen sind zwar die Verhandlungen des Staatsministeriums vertraulich, aber das, was dort nicht verhandelt wird, kann unmöglich vertraulich sein.

Berliner Universitäts- und Gelehrtenangelegenheiten machen, so scheint es, der in Schickens Hauptzeit erscheinenden agrarrevolutionären Zeitung seit einiger Zeit besondere Bekümmernisse. So tritt sie jetzt mit allerhand aus der Luft gegriffenen Nachrichten über die zukünftige Gestaltung unserer großen Staatsbibliothek hervor. Die genannte Zeitung behauptet ganz falsch, daß die große staatliche Bücherkammer nach Charlottenburg verlegt, daß die Berliner Universitätsbibliothek aufgehoben werden soll, und was dergleichen Märchengeschichten noch mehr sind. Hätte sich die „Echl. Ztg.“ nur ein wenig um den preussischen Staatshaushalt zu bekümmern die Mühe genommen, dann hätte sie wissen müssen, daß unter Kapitel 14 Titel 215 im Extraordinarium des Etats für die gestifteten, Medizinal- und Schulangelegenheiten 50.000 Mark ausgeworfen sind zur Vorbereitung der auf dem sogenannten Akademiegebäude in Berlin zu errichtenden Bibliothek und die Akademien der Wissenschaften und Künste. Die „Echl. Ztg.“ hätte ferner wissen müssen, daß schon durch den Staatshaushalt für 1900 die Mittel zur Erwerbung des sogenannten Akademieviertels in Berlin als Hauptplatz zu einem Neubau für die künftige Bibliothek und die beiden Akademien bereitgestellt waren. Das sind die gesicherten Tatsachen, die sich nicht selbst wenn irgendwo die Absicht bestände, die Bibliothek zu verlegen — was übrigens durchaus nicht der Fall ist — dann ständen der Ausführung jolchen Vorhabens die Etatsgesetze von 1900 und 1901 als unüberwindliche Hindernisse entgegen. Dazu bedürfte es vielmehr einer neuen etatsgesetzlichen Aenderung. Es würde indessen sehr schwer halten, eine derartige Gesetzesänderung selbst in diesem Abgeordnetenhaus durchzuführen. Allerdings ist der zum Akademieviertel gehörige ehemalige Marktall und die angrenzende Gärdes- u. Korps-Kaserne in ein Viertelsgewand umgewandelt — ein ungemein reuwilliger